

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unversandt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Regelgemäß: Die Redaktion des Auer Tageblattes ist am 1. November 1918 umgezogen. Die Redaktion befindet sich jetzt in der alten Geschäftsstelle, d. h. in der Straße Nr. 10. Die Redaktion ist am 1. November 1918 umgezogen. Die Redaktion befindet sich jetzt in der alten Geschäftsstelle, d. h. in der Straße Nr. 10.

Nr. 269

Montag, den 18. November 1918

13. Jahrgang

### Die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 2. Februar 1919 festgesetzt.

#### Erklärungen des Prinzen Max von Baden.

##### Der Waffenstillstand. — Ludendorffs Nebenregierung. — Der Kaiser.

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte die Absicht, in der Ersten Badischen Kammer, deren Vorsitzender er war, über seine Führung der Reichsgeschäfte Rechenschaft abzulegen. Da der Landtag nicht mehr einberufen ist, konnte der Prinz die Rede nicht mehr halten. Sie wird jedoch von der Redaktion der „Weiß-schen Jahrbücher“ in Berlin als Flug-schrift veröffentlicht: Prinz Max erklärt, er sei bei Übernahme des Reichskanzleramtes sich dessen bewusst gewesen, daß der Krieg verloren war. Er habe Deutschland, soweit dies möglich war, durch demokratische Umgestaltung und Völkerbundspolitik zu retten versucht, habe aber dieses Ziel nicht erreichen können. Seine Friedenspolitik wurde entscheidend gestört durch das Waffenstillstandsangebot, das ihm am 11. November vorgelegt wurde, als er in Berlin eintraf. Er habe es bekämpft. Es schien ihm ein schwerer Fehler, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis deutscher Schwäche zu begleiten. Er machte den Gegen-vorschlag, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich mache und unsere Bereitwilligkeit, diesen Grundsätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen.

Die militärischen Autoritäten erwiderten ihm darauf, auf die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr gewartet werden. Die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn er es nicht abgebe, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschloß er sich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen und belasteten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche eröffneten ihm die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten. (1)

Prinz Max gibt dann die Ursachen des Zusammenbruchs in der inneren Politik an. Die Ausschaltung aller Nebenregierungen war im besten Sinne. Bei dem ersten Konflikt gab Ludendorff nach, beim zweiten nahm er seinen Abschied. Da kam die Aufstellung der Abbanlungsfrage durch Präsident Wilson. Der Prinz habe den Kaiser davor orientiert, dessen freiwilliger Entschluß das Reich vor schweren Geschicklichkeiten bewahren konnte. Man dürfe das Bögen des Kaisers nicht falsch verstehen. Es waren gewichtige Einflüsse am Werke, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung der Front wäre. Dann fährt der Prinz wörtlich fort: „Der Umsturz hat sich un-wider-ruflich vollzogen. In die Hände der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt; sie kann uns als Nation retten, und sie kann uns als Nation zerstören.“

Ich habe den Reichskanzler Ebert als einen Mann kennen gelernt, der reinen Willens ist, und dem es Ueberzeugungssache ist, daß Deutschland nur seinen internationalen Pflichten genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält. Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert. Ihre erste Pflicht ist es, sich durch eine verfassunggebende Nationalversammlung die Rechtsgrundlage für ihre Macht geben zu lassen. Aufgezwungene Macht ertötet das neue befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die Bildung der Volkregierung am 8. Oktober von der Diktatur Ludendorffs befreit. Es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen.“

#### Auf dem Wege zum Frieden.

##### Der Rückzug unserer Truppen.

Dieses sind Gerüchte verbreitet über vollkommene Anordnung unserer zurückgehenden Truppen, die von Rheinland und Westfalen über Schwaben und dort Gewalttätigkeiten verübt haben. Von diesen Gerüchten darf man getrost glauben: Sie sind über-

trieben, wenn sie zum Teil nicht überhaupt haltlos sind. Von der Obersten Heeresleitung ist die Nachricht gekommen, daß die Divisionen der Westfront in voll-stetiger Ordnung auf dem Rückmarsch begriffen sind. Unordnung herrscht nur bei der Stappe, und da ist es in der Tat mehrfach zur Auflösung der Diszi-plin und mancherlei Unordnungen gekommen. Die Leute haben sich aus Angst, wegen der allerdings außer-ordentlich kurzen Räumungsfrist nicht fortzukommen, auf eigene Hand auf den Heimweg begeben. Um diesen Unständen zu steuern, sind dann Korps eingeleitet worden.

Im Elsaß der Arbeiter- und Soldatenrat wurde die Mitteilung gemacht, daß die Zahl der auf dem Heim-marsch das Wuppertal passierenden Soldaten auf fünfhunderttausend Mann geschätzt wird. Ihr Rück-marsch wird sich in einem Zeitraum von zehn Tagen vollziehen. Die Behörden haben bereits im Verein mit dem Arbeiter- und Soldatenrat die nötigen Vor-sorge-maßnahmen zur Speisung von fünfhunderttausend Mann täg-lich getroffen. Der Eisenbahnverkehr für die Zivilbevölkerung ist im Rheinlande vollkommen eingestellt.

##### Frankfurt und Darmstadt.

Aus den Zusagenbestimmungen des Oberkommandos der Alliierten ergibt sich, daß die Stadt Frank-furt a. M., die zu den rechtsrheinischen Brückenköpfen von Mainz gehört, nicht vom Feinde besetzt werden wird. Dasselbe gilt von Darmstadt. Beide Städte werden jedoch in die neutrale Zone fallen, die sich 10 Kilometer breit um jeden Brückenkopf herumziehen wird.

##### Der Besetzung von Metz und Straßburg.

Die deutschen Bevollmächtigten trafen in Nancy ein, wo sie mit dem Oberkommissar für Metz Ein-sprechungen über Uebergabe dieser Stadt bespra-chen. Es werden Truppen der dritten Armee des Ge-nerals Dethlefsen sein, die die Stadt besetzen sollen. Es werden Montag früh dort einziehen. Straßburg soll am 25. November besetzt werden. — Urieß mit seinen Kohlenbeden wurde von den Amerikanern besetzt.

##### Der Präliminarfrieden.

Die „Times“ melden aus Paris: Die Verhandlungen über einen Präliminarfrieden werden un-mittelbar nach dem 20. November beginnen. Die Bedin-gungen für den Präliminarfrieden sind im Verfall-er Kriegsrat bereits zur Annahme gelangt. Die Beratun-gen des Versailler Kriegsrates sind wieder aufgenom-men. Gegenwärtig wird der Wortlaut einer neuen Note an Deutschland festgelegt, bis die Auffor-derung zur Entsendung von Delegierten für die Friedens-konferenz entfällt und auch den Ort, wo diese Konfe-renz stattfinden soll, festsetzt. Allgemein nimmt man an, daß Versailles in erster Linie in Betracht kommt.

##### Die Auslieferung der deutschen U-Boote.

Ueber die Fortführung der Waffenstillstandsver-handlungen zur See wird mitgeteilt: Wie bekannt, ist vor einigen Tagen der kleine Kreuzer „Königsberg“ nach Rosyth gefahren, um dort mit dem englischen Flot-tenchef Admiral Beatty über die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen, soweit sie die See-streitkräfte betreffen, zu verhandeln. Admiral New-son hat u. a. folgende Einzelheiten der Abmachungen funktentelegraphisch gemeldet: Die abzuliefernden U-Boote sollen in Gruppen zu 20 Booten je an einem noch bekannt zu gebenden Tage die Küste an-treten und sich mit englischen See-streitkräften an einem Ort in der Nähe des Eingangs in den Englischen Kanal treffen. Jeder Gruppe ist als Geleit ein deutscher Transportdampfer unter deutscher Flagge beizugeben, der alsbald nach Uebergabe der U-Boote abzu-sagen nach Deutschland zurückzuführen wird. Ueber die Frage der Internierung der großen Schiffe und der Torpedoboote werden noch weitere Ab-machungen folgen.

##### Die amerikanische Lebensmittelhilfe.

Die Verhandlungen über die Höhe der für Deutsch-land geforderten Lebensmittel auf Grund eines vom Kriegs-ernährungsamt aufgestellten Verbrauchsplanes sind jetzt abgeschlossen worden. Danach werden nach Deutschland im Monat geliefert werden 75 000 Tonnen Getreide, 150 000 Tonnen Fleisch und 250 000 Tonnen Getreide. Der amerikanische

Lebensmittelkontrollleur Hooper reist am Sonnabend nach Europa ab, um die Frage der Lebensmittelverfor-gung der Bevölkerungen von Frankreich, Belgien, der Länder der Mittelmächte, sowie des nahen Ostens zu studieren. Die amerikanischen Lebensmittellieferungen für Deutschland ergeben auf den Kopf der Bevölkerung im Monat 1 Kilogramm Fett, 2 Kilogramm Fleisch und 3 Kilogramm Brot.

##### Wichtige Hinweise.

Die russische Regierung richtete, wie die „Freiheit“ meldet, an die deutsche Regierung ein Telegramm, in dem sie ihm Mitteilung macht von dem ungeheuren Eindruck, den die deutsche Revolution in Rußland hervorgerufen hat, und zugleich die Absicht ankündigt, 50 000 Pub-likisten an das revolutionäre Deutschland zu liefern.

#### Zur inneren Lage.

##### Der Titel Reichskanzler abgeschafft.

Der Volksbeauftragte Ebert wird vielfach als Reichskanzler bezeichnet. Das ist jedoch nach einer Meldung aus Berlin irrig. Der Titel Reichskanzler ist abgeschafft. Der Reichskanz-ler war der einzige verantwortliche Minister des Deut-schen Reiches. Die jetzige Regierung besteht aber aus sechs Volksbeauftragten, von denen Ebert und Haase zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten gewählt sind. Den Vorsitz führt in der Regel der Volks-beauftragte Ebert.

##### Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Reichsregierung ist, wie schon kurz gemeldet, mit den Vorbereitungen zur möglichst schnellen Ein-berufung der konstituierenden Nationalver-sammlung beschäftigt. Diese Vorbereitungen sind aber außerordentlich umfangreich, da nach dem zu Beginn der Revolution erlassenen Manifeste die National-versammlung nicht auf Grund des bisherigen Reichs-tagwahlrechtes, sondern auf Grund eines neuen all-gemeinen, gleichen, direkten und geheimes Wahlrechtes bedingt auch eine Veränderung der bestehenden Wahl-freieinstellung. Es ist die Berufung der Nationalver-sammlung und die endgültige Konstituierung des neuen Deutschlands schon mit Rücksicht auf die Friedens-verhandlungen nötig, da ja die Entente nur mit einer legitimeren Regierung abschließen wird. Die Vorbereitungen der Wahlordnung werden im Reichs-amt des Innern erfolgen, an dessen Spitze Professor Preuß, ein bürgerlicher Politiker und eine staats-rechtliche Autorität gestellt worden ist. Man wird also nicht zu befürchten haben, daß die neue Wahlordnung lediglich nach sozialdemokratischen Parteidoctrinen zu-sammengestellt werden wird.

Die Wahlen zur Nationalversammlung sollen am 2. Februar 1919 stattfinden. Die Wahlverzeichnisse wer-den am 2. Januar aufgelegt.

##### Volkswirtschaftliche Forderungen.

Die „Freiheit“, das neue Blatt der Unabhängigen Sozialdemokratie in Berlin, tritt für die Be-schleunigung der großen Betriebe ein. Es wird nicht mehr und nicht weniger gefordert, als daß die Regierung unverzüglich die großen und lebenswichtigen Betriebe zum Nationaligentum erklä-ren solle. Das „N. Z.“ verwirft diesen Vorschlag völlig und sagt dazu: Eine plötzliche Beschleunigung würde zu Verwirrungen und Störungen führen, die verhängnisvoll würden. Deshalb erscheint uns diese Forderung als völlig un-durchführbar. Es würde zu Zuständen führen, wie sie der Bolschewismus in Rußland geschildert hat, ganz gewiß aber den heimkehrenden Truppen keine logische und bauern-de Arbeit schaffen. Das unvermeidliche Ergebnis wäre der wirtschaftliche Zusammenbruch.

##### Rein Gerücht mit einem bolschewistischen Deutschland.

Der Berner „Bund“ läßt sich aus Paris melden: Die Gerüchte, die Berliner Regierung habe die Ab-sicht, die Beziehungen mit der russischen Sowjet-regierung wieder aufzunehmen, haben in der fran-zösischen Presse ein hartes Mißtrauen nach werden las-sen. Man erklärt aufs neue, mit einem bolschewistischen Deutschland werde kein Frieden geschlossen.